

Hansestadt Stendal, 09.11.2016

**Niederschrift über die außerordentliche öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates**

**Tag der Sitzung: Montag, 05.09.2016**

**Ort: Rathausfestsaal, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Sitzungsende: Uhr**

**Anwesend sind:**

Vorsitzende/r

Weise, Thomas

Fraktion CDU/Landgemeinden

Böhme, Jörg Dr.

Eckhardt, Wolfgang

Güldenpfennig, Christel

Hofer, Dirk

Jacobs, Christina

Kammrad, Norbert

Kirchbach, Matthias

Schober, Marcus

Schreiber, Mäxchen

Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile

Antusch, Rita

Instenberg, Reiner

Lenkeit, Anette

Lincke, Olaf

Ludwig, Peter

Schirmer, Lars

Schlafke, Jürgen

Tüngler, Harriet

Weis, Reinhard

Wollenberg, Wilfried Dr.

Wollmann, Herbert Dr.

Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Glewwe, Jörg-Michael

Hauke, Bernd

Köpke, Birgit

Kunert, Katrin

Lindstedt, Norbert

Reinig, Ludwig

Röxe, Joachim  
Schild, Enrico  
Seidel, Gesine  
Zimmermann, Helga

fraktionslos

Büttner, Matthias

von der Verwaltung

Schmotz, Klaus

Protokollführer/in

Kloth, Maria-Luise

Sachkundige Einwohner/innen

Harwardt, Susann

Tanne, Gunda

**Entschuldigt fehlen:**

Fraktion CDU/Landgemeinden

Güssau, Hardy Peter

Hahne, Guido

Richter-Mendau, Henning Dr.

Twartz, Heinz-Jürgen

Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile

Faber, Marcus Dr.

Radtke, Carola

Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Dahlke, Björn Eckhard

Meinecke, Sven



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Informationen des Stadtratsvorstandes
- 5 Informationen des Oberbürgermeisters
- 6 Zwischenfinanzierung Umbau und Erweiterung des Winkelmann-Museums **VI/503**
- 7 Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke - Bündnis 90/Die Grünen - Abberufung des Wahlleiters gem. § 9 KWG LSA **A VI/032**
- 8 Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke - Bündnis 90/Die Grünen - Abwahl des Stellvertreters des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stendal gem. § 67 KVG LSA **A VI/031**
- 9 Anfragen/Anregungen

### Nicht öffentlicher Teil

- 10 Informationen des Stadtratsvorstandes
- 11 Informationen des Oberbürgermeisters
- 12 Anfragen/Anregungen



## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu TOP 1 **Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Stadtratsvorsitzender Weise** eröffnet die heutige außerordentliche Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

In seinen einführenden Worten erklärt er, weshalb es zur Einberufung der heutigen Sondersitzung gekommen ist. Laut Geschäftsordnung ist der Stadtrat unverzüglich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes einzuberufen, wenn ein Viertel der Stadtratsmitglieder dies verlangt. Am 10.08. 2016 haben insgesamt 13 Stadträte die Einberufung beantragt. Der Stadtratsvorstand hatte daraufhin getagt und sich für den heutigen Termin entschieden. Es wird festgestellt, dass 32 Stadtratsmitglieder und der Oberbürgermeister anwesend sind, somit ist der Stadtrat beschlussfähig.

#### zu TOP 2 **Einwohnerfragestunde**

Der Stadtratsvorsitzende weist noch einmal darauf hin, dass in der Einwohnerfragestunde nur Fragen nach den Grundsätzen des § 18 Abs. 3 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal zugelassen sind. Jeder Einwohner ist unter Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, höchstens 3 Fragen und 2 Zusatzfragen zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen die der Allgemeinheit dienen und in die Zuständigkeit der Stadt fallen. Inhalte der Tagesordnung können nicht Gegenstand einer Frage sein. Des Weiteren sind nur Fragen von allgemeinem Interesse zulässig, welche in die Zuständigkeit der Stadt fallen. Fragestellungen zu persönlichen Bereichen der Stadträte sind unzulässig.

1. **Herr Arno Bausemer** bezieht sich in seinen Ausführungen auf einen Artikel aus der Altmark Zeitung vom 18. August 2016.

Herr Stadtratsvorsitzender Weise bittet darum Fragen zu stellen und keine Statements abzugeben. Herr Bausemer stellt zwei weitere Fragen zu den vorangegangenen Wahlen. Da diese sich weitestgehend auf die Tagesordnung beziehen, werden diese nicht zugelassen.

##### 2. **Herr Steffen Roske**

2.1 bezieht sich in seinen Ausführungen auf das gut organisierte Stadtseefest und fragt jedoch an, weshalb das Fest am Samstag bereits um 18.30 Uhr beendet wurde. Er regt an das Ende zu überdenken und auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

2.2 fragt an, ob der Stadtrat überhaupt beschlussfähig ist, denn seiner Auffassung nach ist die letzte Wahl ungültig

**Herr Stadtratsvorsitzender Weise** verweist auf seine vorangegangenen erklärenden Worte.

3. fragt an, ob die Stadtverwaltung darauf Einfluss nehmen könnte, dass sich ein Fast Food Restaurant in der Innenstadt ansiedelt.



**zu TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**  
**Der Stadtratsvorsitzende** fragt an, ob es Einwendungen gibt oder Ergänzungen zur vorliegenden Tagesordnung gewünscht werden.  
**Die vorliegende Tagesordnung wird angenommen.**

**zu TOP 4      Informationen des Stadtratsvorstandes**  
Herr Stadtratsvorsitzender Weise gratuliert Frau Stadträtin Antusch im Namen des  
  
Stadtrates nachträglich zu ihrem 70. Geburtstag, wünscht ihr alles Gute und überreicht ihr einen Blumenstrauß.  
  
Es wird darüber informiert, dass ein Mitarbeiter der ADV anwesend ist um eventuelle Schwierigkeiten beim WLAN-Zugang abzustellen. Bei Problemen bitte eine kurze Rückmeldung geben.

**zu TOP 5      Informationen des Oberbürgermeisters**  
Keine Informationen

**zu TOP 6      Zwischenfinanzierung Umbau und Erweiterung des Winckelmann-Museums**

VI/503      **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Zwischenfinanzierung von Bauleistungen in Höhe von 1.850.000 € aus der Brückenrücklage für die Maßnahme „Umbau und Erweiterung des Winckelmann-Museums“.

31 Ja            Nein            1 Enthaltung    1 Befangen

**zu TOP 7      Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke - Bündnis 90/Die Grünen - Abberufung des Wahlleiters gem. § 9 KWG LSA**

A VI/032      Herr Stadtrat Röxe beantragt die wörtliche Wiedergabe in der Niederschrift. „Ich möchte heute keine strafrechtliche Bewertung der Vorgänge um den Stendaler Wahlbetrug und den anschließenden Vertuschungsversuchungen vornehmen. Das ist Sache der Strafverfolgungsbehörden und über deren Ergebnisse werden wir uns zu gegebener Zeit austauschen. Hier geht es heute um die politische und dienstrechtliche Bewertung der Erkenntnisse, die uns bisher vorliegen. Und da reicht es uns auf keinem Fall, wenn der Stadtwahlleiter erklärt, er übernehme die politische Verantwortung für den Wahlskandal und alles andere bleibt beim Status quo. Er trägt die dienstliche, politische und moralische Verantwortung für all die Fehler und Pannen am Wahltag und bei den



Versuchen der Aufklärung an den Tagen danach. Spätestens mit der Einbringung der kurzfristig geänderten Vorlage zur Erklärung der Gültigkeit der Wahl am 07.07.2014 trägt jedoch der Hausherr und Oberbürgermeister die politische Verantwortung. Diese Vorlage hat Herr Schmotz unterschrieben. Für all das unwürdige Gerangel darum, wer was wann gewusst hat, machen wir sowohl Herrn Kleefeldt als auch Herrn Schmotz verantwortlich. Beide haben gemauert und den Stadtrat bei den Versuchen zur Aufklärung nicht unterstützt sondern eher vertuscht und versucht die tatsächlichen Abläufe zu verschleiern. Ich bin sicher, es liegt noch nicht alles auf dem Tisch. Neue und zusätzliche Erkenntnisse werden jedoch die Rolle des Stadtwahlleiters und des Oberbürgermeisters wahrscheinlich nicht verbessern, sondern es wird eher das Gegenteil eintreten. Was hat also dazu geführt, dass wir uns heute zu dieser Sondersitzung des Stadtrates zusammenfinden müssen? Der zweite Mann in der Stadtverwaltung, der Stadtwahlleiter und der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Herr Kleefeldt hat nach den uns nunmehr vorliegenden Erkenntnissen und nach seinen eigenen Aussagen vor den Ermittlungsbehörden und in der Presse seine Ämter nicht neutral sondern unter parteipolitischen Aspekten ausgeübt. Er hat den Stadtrat über die Hintergründe seiner Entscheidungen getäuscht, ich kann es auch deutlicher sagen, ich fühle mich als Stadtrat von Herrn Kleefeldt total verarscht. Aber wir werfen Herrn Kleefeldt nicht nur Täuschung des Stadtrates und parteipolitisches Agieren vor. Er hat vertrauliche Wahldokumente an die Beschuldigten über Dritte weitergegeben. Er hat damit dazu beigetragen, dass die Beschuldigten Einfluss z. B. im Fall Florian M nehmen konnten. Dieser hatte mit einer eidesstattlichen Erklärung erstmalig die Wahlfälschung belegt. Herr Kleefeldt hat den Stadtrat nicht über die Hinweise des Landeswahlleiters über die Prüfung der Mandatsrelevanz bei der Einbringung seiner Entscheidung informiert. Mit keinem Wort hat er die Empfehlung des Landeswahlleiters zur Wiederholung der Briefwahl vor dem Stadtrat erwähnt. Er hat sich jedoch auf der parteipolitischen Schiene mit Herrn Klang beraten und nach Wegen gesucht, wie die drohende Wiederholung der Briefwahl noch abzuwenden wäre. Das nenne ich eine bewusste Täuschung des Stadtrates. Schließlich änderte er nach dem völlig untauglichen und auch unzulässigen Versuch eines Unterschriftenvergleiches seine ursprüngliche Meinung zur Gültigkeit der Wahl am Tag der Entscheidung des Stadtrates. Und dies alles nach der Vorlage einer eidesstattlichen Erklärung und nach der Aussortierung von mindestens 10 Wahlbriefen am Wahltag. Ich habe Herrn Kleefeldt vor der Entscheidung im Stadtrat einmal gefragt, warum er nicht die vermeintlichen Vollmachtgeber nach den erteilten Vollmachten befragt. Seine Antwort, „dies sei im Wahlrecht nicht vorgesehen.“ Das mag sein, aber die völlig untaugliche Prüfung der Unterschriften auf den Vollmachten durch ungeschultes Personal ist ebenfalls nicht im Wahlrecht vorgesehen. Die Prüfung der Unterschriften diene nach meiner Auffassung nur einem Ziel. Es wurde nach Wegen und Argumenten gesucht, um die Wiederholung der Briefwahl zu verhindern. Mit diesen wahlrechtlichen Winkelzügen unterließ es Herr Kleefeldt, vor der Entscheidung des Stadtrates rechtzeitig Klarheit über die Wahlfälschungen und deren Mandatsrelevanz herstellen. Es hätte ausgereicht die Vollmachtgeber der 10 aussortierten Briefwähler zu befragen. Stattdessen verglichen in solchen Aufgaben nicht geschulte Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung die Unterschriften auf 179 Vollmachten mit den hinterlegten Unterschriften im Einwohnermeldeamt. Ein nicht nur unzulässiges, sondern auch ein völlig ungeeignetes Mittel um die Wahlfälschung aufzudecken. Mit diesen Argumenten wurden dann im Kreistag am 03.07.2014 und im Stadtrat am 07.07.2014 die Beschlussvorlagen zur Gültigkeit der Wahl begründet. Wir wissen heute, dass die von Herrn Güssau in seiner Nachricht an Herrn Kühnel vor den Entscheidungen im Kreistag und im Stadtrat noch als Hoffnung formulierte Frage „Hoffentlich macht der Axel mit“



wir nun mit einem eindeutigen ja beantworten können. Der Axel Kleefeldt, der hat mitgemacht. Auch das nenne ich eine bewusste Täuschung des Stadtrates. Herr Kleefeldt war damit Teil des Vertuschungsversuches von Straftaten durch maßgebliche Personen in der CDU. Das dieser Versuch im Stadtrat nicht gelang, ist der Mehrheit des Stadtrates auf der linken Seite des Hauses zu verdanken. Für Herrn Güssau war dies Anlass für seine Nachricht, noch am gleichen Tag an Herrn Kühnel mit dem Tenor „wir haben gekämpft und verloren“. Heute könnte man hinzufügen: und vertuscht, gemauschelt, getrickst und bezogen auf den Kontext dieser SMS auch gelogen. Für uns stellt sich die Frage: Wie sollen wir künftig mit einem Stadtwahlleiter und Stellvertreter des Oberbürgermeisters vertrauensvoll zusammenarbeiten, wenn wir davon ausgehen müssen, dass dieser ausschließlich die Vertreter einer Partei mit vertraulichen Informationen versorgt und die anderen Fraktionen im Stadtrat vorsätzlich getäuscht werden. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Eine solche vertrauensvolle Zusammenarbeit ist mit Herrn Kleefeldt nicht mehr möglich und er muss deshalb von den genannten Ämtern entbunden werden. Ob darüber hinaus sein Handeln und das anderer Personen strafrechtlichen relevant sind, werden wir prüfen. Eine Anfrage an den Oberbürgermeister zu dienstrechtlichen oder gar strafrechtlichen Konsequenzen hat er verneint. Der Oberbürgermeister sieht dafür keine Veranlassung. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben nach Berichten unsere Anträge als Ausdruck einer Privatfehde abgetan, und sich schützend vor die Beteiligten gestellt. Sie sollte sich fragen welches Amtsverständnis Sie mit Ihrem Amt verbinden und ob Sie noch die Führung in der Verwaltung ausüben. Offensichtlich werden bei Ihnen Ihre Amtspflichten den Interessen der CDU untergeordnet. Und was vernehmen wir von den anderen Vertretern des CDU-Stadtverbandes und der CDU-Fraktion im Stadtrat zu diesen Vorgängen? Bis auf Angriffe gegen die Presse wegen der Enthüllungen nichts. Kein eigenständiger Beitrag zur Aufklärung der Vorgänge um den Wahlbetrug und der Versuche der Vertuschung. Mir fehlt für ein solches Verhalten jegliches Verständnis. Erst nach einem halben Jahr eine magere Presseerklärung mit der Mär von einem Einzeltäter und dass man sich von dem Hauptbeschuldigten getrennt habe. Das nach einem halben Jahr Herr Gebhardt immer noch an einem Landtagsrechner für Herrn Güssau arbeitet und seine Lebensgefährtin bis in den Juni dieses Jahres noch immer bei Herr Güssau beschäftigt war, macht deutlich, wie scharf diese Trennung gewesen sein muss. Ich will deshalb noch einmal deutlich sagen, diese Stadt gehört nicht der CDU. Wohin unheimliche politische Vernetzungen führen können, wird am Stendaler Wahlskandal, seinen Folgen und dem Handeln der politisch Verantwortlichen in der CDU deutlich. Herr Kleefeldt hatte die Hoffnung einmal von der CDU als Nachfolger für das Amt des Oberbürgermeisters nominiert zu werden. Dafür bewegte er sich als Stadtwahlleiter am Rande der oder auch außerhalb der Legalität. Herr Güssau bewertete die Zukunftschancen von Herrn Kleefeldt vor der Presse in Magdeburg mit den Worten „Dieser Mann ist politisch erledigt“. Ob man so mit einem engen CDU-Vertrauten umgehen sollte will ich der Einschätzung von Herrn Güssau überlassen. Für uns steht jedoch fest, dass die Summe der Fehler und Pannen und die Täuschung des Stadtrates nach der Wahl und bei der Aufarbeitung dienstrechtlichen Schritte folgen müssen und wir deshalb Herrn Kleefeldt als Stadtwahlleiter abberufen und ihn als Stellv. des Oberbürgermeisters abwählen.

**Herr Stadtrat Instenberg:** „Manche meinen, dass es politischen Gegnern/Mitbewerbern Spaß macht oder gefällt, weil es möglicherweise gegen die CDU geht. Dem möchte er ausdrücklich widersprechen, denn auch sie sind als Fraktionsmitglieder die ehrlich in der CDU-Fraktion arbeiten von diesem Betrug und Wahlskandal betroffen. Uns wäre es lieber, wenn wir über die Zukunft von Stendal sprechen könnten, aber es ist genauso unsere Pflicht zurückzublicken,





weil diejenigen die bei der Wahlfälschung und –vertuschung, keinen substanziellen Beitrag geleistet haben, diese Geschichte aufzuklären, weil es uns geschadet, das schadet dem Stadtrat, das schadet der gesamten Stadt Stendal und mittlerweile auch dem Land Sachsen-Anhalt. Und da bin ich bei dem ersten Punkt, dass wir den Blick in die Zukunft noch nicht richten können, sondern zurück. Da bin ich bei dem ersten Punkt: dem Rücktritt des Landtagspräsidenten Hardy Güssau. Es ist schade, dass er aus Krankheitsgründen, davon gehe ich mal aus, nicht anwesend ist. Ich bin bei uns in die Fraktion hinein gegangen und da hat die Partei gesagt: Mensch, Landtagspräsident Hardy Güssau, das passt wie der Deckel auf den Topf. Er kann aus dem Hintergrund Strippen ziehen, kann sich ins Tagesgeschäft einmischen, wenn es mal Schwierigkeiten gibt lädt er dich zum Essen ein, ein Bierchen, klopft dir auf die Schulter, also eine angenehme Atmosphäre könnte man annehmen. Umso mehr bin ich auch persönlich enttäuscht als ich die ersten Nachrichten im Urlaub erhielt, wie Herr Güssau im Nachgang der Wahl sich verhalten und sich uns gegenüber öffentlich erklärt hat. Das ist so ein krasser Widerspruch, dass es mir schwer fällt damit umzugehen. Wie geht man zukünftig mit solchen Aussagen/Personen um. Ich will das mal an einer ganz konkreten Situation beschreiben: Es gibt Situationen in der sich die Fraktionsvorsitzenden abstimmen, sich gegenseitig in „cc“ setzen, sodass alle immer auf dem gleichem Stand sind, was hat der andere vor. Ich hab in den letzten Wochen echt überlegt, ob ich bei den Mails Herrn Güssau noch „cc“ setzte. Ich hab echt überlegt - es fällt mir schwer, dass es hinten rum andere Attacken gibt, dass er sich öffentlich dazu bekennt. Mit dem Satz und das hat mich dann wirklich getroffen, mit der Aussage, wenn er nicht mehr Landtagspräsident ist, dann ist das nicht mehr mein Land. Das ist für mich eine sowas von unverständliche Aussage, die Frage ist ja, wie gehen wir zukünftig im Stadtrat und auch Kreistag mit solchen Situationen um? Ist es dann nicht mehr seine Stadt, ist es nicht mehr sein Kreis? Also die klare Ansage: wir werden hier erst wieder zu einer sachlichen, guten Arbeit miteinander finden, wenn die beiden Fraktionsvorsitzenden Hardy Güssau im Stadtrat und im Kreistag Herr Kühnel nicht mehr Fraktionsvorsitzende sind. Ansonsten stell ich mir das wirklich sehr, sehr schwierig vor, im Interesse der Stadt. Und da sind wir bei dem nächsten Punkt, Stichwort Herr Kleefeldt, viele Punkte sind angesprochen worden, deswegen konzentriere ich mich auf drei wesentliche Aspekte: Ich halte es Herr Kleefeldt zu Gute, dass seine ersten Gedanken richtig waren, dass er uns empfohlen hat die Wahl für ungültig zu erklären. Ich glaube als gelernter Jurist hat er geahnt, was auf ihn zukommt und hat uns deswegen empfohlen die Wahl für ungültig zu erklären, aber was danach kommt ist völlig offen in der Fragestellung was hat ihn dazu getrieben dem Stadtrat vorzuschlagen, die Wahl später doch für gültig zu erklären. Und da fügen sich jetzt einige Puzzleteile zusammen die ein Bild ergeben. Es fällt in die zeitliche Nähe, die Kreistagswahl, das ist ja sehr bezeichnend, dass alle Hebel in Bewegung gesetzt worden sind, dass unter anderem von Herrn Güssau, Herr Kleefeldt und Herrn Schmotz ihre Rolle wird da noch einen Blick wert sein, dass ist noch nicht ganz klar, aber es gab Hinweise, dass sie damit beteiligt waren. Der Kreistag hat die Wahlen für gültig erklärt, obwohl die Hauptbeteiligten da waren. Alle Erkenntnisse liefen darauf hinaus, dass hier Wahlmanipulation und Wahlfälschung vorlagen und trotzdem hat man dem Kreistag empfohlen, die Kreistagswahl zu beschließen, die Gültigkeit zu beschließen und das war auch ausdrücklich das Ziel, das können wir nun vermuten, dass geben die Beschuldigten oder Angeklagten noch nicht zu, dasselbe sollte hier im Stadtrat passieren, denn wenn wir einmal die Gültigkeit beschlossen hätten, hätten wir nie mehr das Recht eine Frage zu stellen und eine Antwort zu bekommen und in der Situation befindet sich der Kreistag, der kommt aus dieser Geschichte fast gar nicht mehr raus, außer durch Fragen und Öff-





fentlichkeitsarbeit, aber als Kreistag wahrscheinlich nicht, der entscheidende Punkt und das ist dann wirklich fraglich Herr Schmotz und das haben Sie auch als Antwort auf unsere Dienstaufsichtsbeschwerde mitgeteilt, dass Herr Kleefeldt einen Erkenntnisgewinn hatte. Alle anderen haben einen Erkenntnisgewinn komplett in die andere Richtung, aber Herr Kleefeldt und Herr Schmotz haben Erkenntnisgewinn in die andere Richtung das die Wahl gültig ist. Und das sind Sie uns bis heute schuldig, welche Erkenntnisse sie hatten. Ob das die Empfehlung des Landeswahlleiters oder des ehemaligen Landeswahlleiter war. Da blickt man auch schon nicht mehr durch, wer was gesagt hat. Das muss mal geprüft werden. 2. Punkt, wenn der Landeswahlleiter ausdrücklich die Empfehlung gibt an den Stadtwahlleiter und das wäre das einfachste Verfahren, fragen Sie doch bitte einfach die 10 Leute, die zur Wahl gehen wollten und denen gesagt wurde, sie dürfen in dem Wahllokal nicht wählen, weil sie die Briefwahlunterlagen schon abgegeben haben. Die braucht man doch nur fragen: Schauen sie ist das von Ihnen, ist das ihre Unterschrift, haben Sie diese Vollmacht ausgefüllt und dann wäre das Chaos aufgedeckt gewesen, aber nein stattdessen und das ist wirklich nahezu lächerlich, setzen sich 4 Mitarbeiter, 2 vermute ich mal, es sagte ja bisher keiner wer. 2 aus der Stadt und 2 aus dem Landkreis zusammen und prüfen dann Unterschriften, dass müssen sie sich mal vorstellen, die setzen sich hin prüfen Unterschriften mit den Unterschriften, die im Einwohnermeldeamt hinterlegt sind und wenn man das weiß, dass Herr Gebhardt aus dem Jobcenter die Unterschriften eins zu eins nachmalen konnte, wenn er die ganz geschickt gemalt hat, dann kriegen die 4 das gar nicht heraus. Was sollte das Ganze? Also es ist völlig absurd was da abgelaufen ist. Dritter Punkt oder vierter Punkt ist und das ist auch schon angesprochen worden und das ist natürlich äußerst problematisch - die Weitergabe von persönlichen Daten an Herrn Kühnel, an Herrn Güssau und an wen genau wissen wir noch nicht, aber zumindest sind hier Daten aus der Stadt herausgegeben worden von dem Florian M. einer der angeblichen Vollmachtgeber, welcher als Erster unter eidesstattlicher Versicherung erklärt hat, dass die Unterschrift nicht vom ihm ist. Das hat die Beschuldigten auf die Spur gebracht, zu Florian M. zu gehen und ihn dazu zu bewegen seine eidesstattliche Erklärung zurückzuziehen, in der Hoffnung es wird bloß nichts rauskommen. Und da ist auch noch nicht ganz klar Herr Schmotz, wer die Mail weitergeleitet hat, Sie oder Herr Kleefeldt. Wir werden es rauskriegen und auch den Zeitpunkt, es steht nämlich in den Ermittlungsakten, es ist nur die Frage wann und wie wir daran kommen. Also alle Punkte die hier vorgetragen und genannt worden sind, so glaube ich rechtfertigen es, dass wir kein Vertrauen mehr in den Wahlleiter und Herrn Kleefeldt als Stellvertretenden Oberbürgermeister haben. Und ich habe Sie auch schon angesprochen Herr Schmotz, wenn die Hinweise richtig sind aus den Ermittlungsakten, sind Sie nicht nur Zuschauer, sondern auch mitten an diesem Geflecht beteiligt. Ich nenne Ihnen nur mal ein paar Stichpunkte, Sie wussten von Anfang an von den zwölf Bevollmächtigten, das haben Sie ausdrücklich bestätigt und bei den 12 Bevollmächtigten war auch Herr Kühnel dabei, dass Sie dann in der Kreistagssitzung, als Kreistagsmitglied und Oberbürgermeister nicht ein Wort im Kreistag dazu sagen, wo die Hinweise sich verdichten, dass etwas schief gelaufen ist. Bei dem Antrag der SPD-Fraktion von Herrn Schirmer ausdrücklich die Entscheidung zurückzustellen, da sitzen Sie da mit dem Wissen einer der Beschuldigten sitzt da und geht dort ans Rednerpult um öffentlich zu erklärt, dass der Wahlleiter, Stadtwahlleiter, ich verwende die Worte gar nicht, dass er unfähig war und was weiß ich was da alles gefallen ist und Sie sagen kein Wort zu dieser Problematik. Weiter ist bisher auch bekannt, dass Frau M, wenn sie dem Stadtwahlleiter eine Mail geschickt hat, zumindest ab einen bestimmten Zeitpunkt „cc“ gesetzt hat. Sie nicken, bestätigen das. Also können Sie sich nicht mehr rausreden ab einem



bestimmten Zeitpunkt nichts gewusst zu haben. Spätestens bei der Beantwortung der Dienstaufsichtsbeschwerde, wenn Sie dann nicht mehr so antworten können, weil Ihre Kenntnislage anders war. Und was auch aus dem Ermittlungsakten hervorgeht, wir haben sie nicht schriftlich vorliegen, wir haben sie noch nicht, wir kennen es nur aus Gesprächen, Einsichtnahmen und nur zum Teil, schade. Die Staatsanwaltschaft verweigert es ja momentan. Es ist auch im Mailverkehr aufgetaucht zwischen Ihnen und Herr Gebhardt, als es um die Einstellung ging, auch das wird noch mal eine Frage sein, dass ist miteinander verflochten, das kann man mittlerweile so nicht mehr trennen, so wie es bisher dargestellt war. All diese Punkte, glauben Sie es macht keinen Spaß, auch wenn ich jetzt sehr streng klinge, aber das ist einfach nur ein Vorgang der ist ungeheuerlich, dem kann man nur begegnen, wenn man persönliche, politische Konsequenzen zieht. Da offensichtlich andere nicht gewillt sind diese zu ziehen ist der Stadtrat hier heute aufgefordert die ersten Konsequenzen zu ziehen“.

**Herr Dr. Böhme:**“ Es liegt ein Antrag auf Abberufung des Stadtwahlleiter Axel Kleefeldt vor, zu dem ich namens der CDU/Landgemeinden Stellung nehmen werde. Seit dem Jahr 2014 wurde die Stadtpolitik von dem Wahlbetrugsskandal anlässlich der Kommunalwahl 2014 erschüttert. Die Justiz hat noch nicht darüber geurteilt, eine Anklage wurde bis dato noch nicht erhoben. Das Vertrauen der Bürger in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ist ein hohes Gut. Meine Fraktion hat die Fälschung bei der Kommunalwahl in Stendal immer auf das schärfste verurteilt und sich für eine zügige und lückenlose Aufklärung ausgesprochen, keine Frage. Wahlfälschungen sind ein Anschlag auf die Demokratie, davor nehmen wir auch weiterhin eine schnelle und lückenlose Aufklärung der Vorgänge durch die Justiz. Wie Ihnen bekannt ist Herr der Ermittlung aber die Staatsanwaltschaft, bisher sind die Fakten und Ermittlungsergebnisse in einer Akte. Die Presse berichtet von 2900 Seiten zusammengetragen worden. Noch nicht einmal dem Stadtrat wurde die Möglichkeit gewährt, Einsicht in diese Akte zu nehmen. Durch ungeklärte Vorgänge liegt diese Ermittlungsakte der Presse vor und ein Mitarbeiter der Presse berichtet durch Artikel fortlaufend aus diesen Akten. Hierbei wird die Akte in Teilen wörtlich zitiert. Ich persönlich kann es auch nicht verstehen, dass zu weniger aus dem politischen Raum die Kraft und den Anstand besitzen zu kritisieren, dass sich ein Zeitungsmitarbeiter eine Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft illegal beschafft und aus dieser in einer Freimütigkeit wörtlich zitiert, Mutmaßungen und eigene Wertung anstellt und dabei billigend in Kauf nimmt, dass ein Urteil unabhängiger Richter in einem Strafverfahren beeinflusst werden könnte. Diese Berichterstattung kann man lediglich als einen persönlichen Versuch der Interpretation einer Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft ansehen. Bei uns gilt aber der rechtsstaatliche Grundsatz der Unabhängigkeit der Justiz. Ich persönlich schenke nur demjenigen Glauben, die für Wertung zuständig sind, nämlich die unabhängigen Richter. Schon aus diesem Grund halte ich es für geboten, nicht aufgrund einer Berichterstattung vorschnell oder reflexartig im politischen Raum zu reagieren, sondern zunächst einen Rechtspruch abzuwarten. Erst nach der juristischen Aufarbeitung der Wahlfälschung, kann die politische Aufarbeitung erfolgen. Kommen wir nun zum Stadtwahlleiter Axel Kleefeldt. Herr Axel Kleefeldt fungiert seit der Kommunalwahl 2014 als Wahlleiter der Hansestadt Stendal. Er hat dieses Amt kraft Gesetzes inne, weil der eigentliche vom Gesetz vorgesehene Wahlleiter Oberbürgermeister Klaus Schmotz, im Jahre 2014 als Bewerber für die Kreistagswahl antrat. Seitdem hat Herr Kleefeldt die Kommunalwahl 2014, die Wiederholung der Briefwahlen im November 2014, die Wiederholungswahl zum Stadtrat 2015 und die Landtagswahl in diesem Jahr als Stadtwahlleiter der Hansestadt Stendal verantwortet. Bei der Kommunalwahl 2014 gab es unstrittig einige Pannen, aber wo



Menschen arbeiten passieren nun mal auch Fehler. Jeder, ob nun als Mitarbeiter in einem Unternehmen, in der Verwaltung oder als Vertreter einer politischen Partei hat das Recht bei Problemen oder Unregelmäßigkeiten als erstes Gehör zu finden. Das ist doch für mich als Arbeitgeber Maxime, bei Problemen zuallererst den Mitarbeiter selbst anzuhören und dann über die weiteren Konsequenzen nachzudenken und Herr Kleefeldt hat für die Fehler seiner Mitarbeiter die Verantwortung übernommen und dafür gesorgt, dass bei den folgenden Wahlen derartige Fehler nicht wieder aufgetreten sind. Aus unserer Sicht kommt es nicht nur darauf an, welche Fehler passiert sind, sondern welche Schlüsse man daraus zieht. Ob die zeitliche Abfolge als angemessen anzusehen ist, kann ich aus meinem Kenntnisstand nur bejahen. Da er vorkurzem unserer Meinung nach Sicht auf die Dinge, wenn man Herr Kleefeldt wegen den Vorkommnissen aus dem Jahr 2014 abwählt und dessen Arbeit in den zwei folgenden Jahren dabei unberücksichtigt lässt. Er hat die Folgewahlen in einem äußerst schwierigen Umfeld umsichtig und fachkompetent organisiert und geleitet. Dieses gilt insbesondere für die Wiederholungswahlen im Mai 2015, die im Hinblick auf den schwierige Rechtsmaterie und fehlende Präzedenzfälle rechtlich ordnungsgemäß durchgeführt worden ist. Wenn es damit zu etwaige Fehler in der Kandidatenaufstellung gekommen sein sollte, dann liegen die ausschließlich in der Sphäre zweier Parteien und nicht in der des Wahlleiters. Interessant ist es jedenfalls, dass im Unterschied zu den Vorkommnissen von 2014, wo sie ohne das Urteil des Richters mit der Abwahl der Stadtwahlleiters Tatsachen schaffen wollen, Sie hingegen bezüglich der nicht ordnungsgemäßen Kandidaten die höchste richterliche Entscheidung abwarten möchten. Klar, es geht ja auch nicht gegen die CDU, da kann man schon mal Zurückhaltung üben. Angesichts der Tatsache, dass das Oberverwaltungsgericht die Berufung gegen das Landesverwaltungsgericht Magdeburg zugelassen hat, bestehen gute Chancen einen eindeutigen Rechtspruch zu erhalten, der sicherlich in Sachsen-Anhalt für viele Kandidatenaufstellungen für Belange sein kann. Das die Wahl am Ende noch für gültig erklärt wird, halte ich persönlich für unwahrscheinlich. Wir tun aber gut daran den Ausgang des Verfahrens abzuwarten. Sollte das Oberverwaltungsgericht Magdeburg für gültig erklären, so gebührt einzig und allein Herr Kleefeldt und seinem Mitarbeiterteam, die Kommunalwahlen in einem äußerst schwierigen Umfeld organisiert und mit Erfolg zu Ende geführt zu haben. Während der letzten zwei Jahre hat Axel Kleefeldt das Amt als Wahlleiter trotz diverser, öffentlich, unsachgemäßer und unberechtigter Kritik, fachlich, kompetent, sachlich, überparteilich und neutral wahrgenommen. Insbesondere sein umsichtiges Handeln bei der Prüfung der Zulassung eines fehlerbehafteten Wahlvorschlages ist dabei hervorzuheben. Es zeigt, dass der Wahlleiter neutral und unabhängig agiert hat. Im Antrag wird Herr Kleefeldt vorgeworfen, er habe seine Neutralitätspflicht verletzt, wir können dies nicht erkennen. Es muss im Ermessen und in der Einschätzung des Wahlleiters obliegen, wann und mit wem er kommuniziert. Ihm wird vorgeworfen er habe nicht vertrauensvoll mit allen Fraktionen zusammengearbeitet, aber Sie fordern von Herrn Kleefeldt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ein, während in der Presse Äußerungen und Zitate von Stadträte veröffentlicht, werden die gerade darauf schließen lassen, dass seitens einzelner Stadträte Herr Kleefeldt gar kein Vertrauen entgegengebracht wird. Und vergessen Sie bitte nicht, dass Herr Kleefeldt maßgeblich zur Aufklärung des Wahlbetruges beigetragen hat. Er hat die Strafanzeige eingereicht, daher ist es geradezu infam, dass Herr Kleefeldt in einen Topf mit dem Wahlfälscher geworfen wird. Was am Ende bleibt ist ein unbegründete Abwahlenantrag den meine Fraktion nicht unterstützen wird.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz:** „Ich würde zum Thema Abberufung und Abwahl jeweils getrennt sprechen wollen. Herr Röxe, wenn Sie mir Vertu-



schung vorwerfen, dann sage ich Ihnen, dass Ihre Schlussfolgerungen/Feststellung falsch ist und ich weise dies auch ausdrücklich zurück. Herr Instenberg Sie zitieren aus der Ermittlungsakte, ich gehe davon aus, dass Sie Einblick zu mindestens in Teile dieser Ermittlungsakte bekommen haben. Sie sprechen eine Mail von Frau M an den Stadtwahlleiter an, dann kennen Sie sicherlich auch meine Antwort an Frau M. Gut, dass wäre vielleicht auch noch interessant. Die Kenntnis der 12 Bevollmächtigten zu dem Zeitpunkt war noch nicht mit dem Thema manipulierte Unterschriften in Verbindung zu bringen. Und stellen Sie sich mal vor, man steht in einer öffentlichen Sitzung auf und sagt: Da sitzt ein Spitzbube. Das sind Dinge, die mit mir nicht zu machen sind. Ich komme jetzt aber zum eigentlichen Thema der heutigen Sondersitzung. Ich will mich auch kurz fassen, vielleicht auch nur thesenartig, die Dinge die Herrn Axel Kleefeldt als Stadtwahlleiter betreffen hier kurz skizzieren. Herr Dr. Böhme hat es gerade gesagt, dass Axel Kleefeldt Wahlen ordnungsgemäß durchführen kann, belegen die Kommunalwahl 2015 und die Landtagswahl 2016. 2014 war durch die Bündelung von EU-Wahlen, Kreistagswahl und Stadtratswahl und Wahl der Ortschaftsräte eine besonders umfängliche Wahl mit erheblichem Arbeitsaufwand angesetzt wird. Für Herrn Kleefeldt bedeutete dies, erstmalig eine solche Aufgabe und obendrauf hinzu kam die Wahlmanipulation, die ersten Erkenntnissen, die für uns und da denk ich auch deutlich sagen kann, immer noch unfassbar ist. Wenn man das heute sagt, er hätte dieses oder jenes machen oder bewerten müssen, dann sag ich auch hinterher ist man immer etwas schlauer, dass lässt sich heute leicht sagen, aber aus der Situation der damaligen Zeit heraus, denke ich ist Axel Kleefeldt kein Vorwurf zu machen. Zweitens, er hat 2014, ohne zu zögern die rechtlich erforderlichen Schritte eingeleitet, sowohl wahlrechtlich als auch strafrechtlich und Wahlrecht und Strafrecht sind hier voneinander getrennt zu betrachten. Drittens, Stadtwahlleiter ist ein ganz besonderes Amt. Es ist mindestens auf Augenhöhe mit dem OB, wenn nicht gar höher, denn der Stadtwahlleiter ist weisungsfrei und unabhängig, das ist der OB nicht. Das gibt dem Stadtwahlleiter aber auch das Recht in schwieriger Situation Rat von Stellen und Personen einzuholen, die er dafür geeignet hält. Und das was angesprochen wurde, dass die Vorlage meine Unterschrift trägt, es gibt keine Regel die besagt, dass der Stadtwahlleiter ein eigenes Unterschriftenrecht hat. Ich halte das für besser, weil der als selbstständiges Wahlorgan, frei und unabhängig agiert, es ist im Moment nicht geregelt. In Bezug auf den Kontakt zu dem Landeswahlleiter, insbesondere dann wenn der Stadtwahlleiter um Auskunft bat, ist vom Büro des Landeswahlleiter in den schriftlichen Hilfen, Auskünften immer folgendes mitgeschrieben, ich kenne ja nicht alle, aber einige habe ich gesehen, da ist folgendes formuliert: die Entscheidungen vor Ort, Zitat: „Ausschließlich an Recht und Gesetz gebunden sind, im Übrigen frei und unabhängig getroffen werden, darin sind der Stadtrat, der Stadtwahlleiter und auch der Wahlausschuss erfasst, letzter hat übrigens das Wahlergebnis seiner Zeit mehrheitlich festgelegt, da darf man auch bei der Handlungsweise des Stadtwahlleiters nicht ganz, außer Acht lassen. Fünftens hat dies den eigenständigen und der eigenen Rechtsmeinung, folgend einen Entscheidungsvorschlag des Stadtwahlleiters zur Folge gehabt. Ich sehe da eine parteipolitische Beeinflussung als nicht belegt an. Sechstens mit dem Antrag zur Abberufung von fehlender - Zitat: von weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit, Ende des Zitates - die Rede ist, darf gefragt werden, hat es eine solche je gegeben. Vertrauen ist nach meiner Auffassung und sicherlich nicht nur nach meiner eine mindestens zweiseitige Angelegenheit, nur wer Vertrauen gibt, kann auch solches nur erwarten und wenn Vertrauen fehlt, darf sich auch jeder fragen woran es liegt und was hätte jeder dafür tun können es besser zu machen. Ich kann nicht erkennen, dass es einen Grund für Abberufung gibt und stimme daher mit nein. Gestatten sie mir noch eine Anmer-





kung, es steht außer Zweifel, dass die Wahlfälschung aufgeklärt werden muss und auch wird, dass ist die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden also der Justiz. Vom Stadtwahlleiter wurde nach seinem jeweiligen Kenntnisstand zum Zeitpunkt x die Strafverfolgungsbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaft ohne Verzögerung eingeschaltet, damit die Dinge die bei professionellen Ermittlungen geleistet werden auch in Gang gesetzt werden und dann dazu führen, dass die Schuldigen die sich strafrechtlich dafür verantworten müssen, auch ihren Schaden zugeführt.

**Herr Dr. Wollmann:** „ Eigentlich wollte ich gar nicht viel sagen, weil die Faktenlage ziemlich klar ist. Aber ich muss doch nochmal auf ein paar Worte von Herr Böhme eingehen. Sie haben in diesem Zusammenhang mit der Aufklärung über eine ortsansässige Zeitung gesagt, dass die Ermittlung oder die Erkenntnis die dort gewonnen worden illegal sind. Ich denke, wenn Sie meinen, dass diese Arbeit der Presse illegal ist, dann sollten Sie auch entsprechend juristisch reagieren, wenn Sie das nicht tun, ist diese Aussage unglaublich. Ich denke wenn Sie behaupten, dass eine Ermittlung einer Zeitung oder investigativer Journalismus illegal ist. Dann ist meiner Ansicht nach ein Angriff auf die Pressefreiheit die neben der Wahl, der demokratischen Wahl in unserem Land, ein sehr hohes Gut darstellt. Also ich würde mir überlegen, ob Sie diese Behauptung weiter aufrechterhalten. Zweitens Herr Kleefeldt hatte damals wörtlich gesagt: „Ich übernehme die politische Verantwortung.“ Ich hab mich jetzt über zwei Jahre gefragt, was das bedeutet. Für mich ist das letztendlich eine Worttöse gewesen. Politische Verantwortung heißt doch im Grunde nichts anderes als zu sagen: „Ich habe einen Fehler gemacht, ich bin vielleicht juristisch nicht angreifbar, aber die Konsequenz ist, dass ich von allein zurücktrete.“ Er hat lange, lange Zeit gehabt darüber nachzudenken. Die Erkenntnis jetzt ist so erdrückend, der Schritt hätte von alleine kommen müssen. Dann fällt mir auf bei dem Statement von Herr Dr. Böhme oder Kollege Böhme, dass hier eine Verwicklung zwischen der nicht ganz korrekt verlaufenden Wahl bezüglich der FDP und der Kandidatenaufstellung stattfindet. Sie brauchen uns jetzt nicht vorwerfen, dass wir das nicht aufklären wollen. Ich habe kein Problem damit das von Ihrer Seite entsprechende Initiative übernommen werden, dass liegt jetzt in Ihrer Sache. Aber im Grunde genommen ist doch dieses mit dem heutigen Tagesordnungspunkt zu verquicken, ein Ablenkungsmanöver, sind wir doch mal ehrlich. Insofern sehe ich keinen Grund den Vorschlag jetzt zur Abstimmung zu bringen und denke mal das Votum wird eindeutig ausfallen.“

**Herr Dr. Wollenberg:** “Ich habe nur eine ganz kurze Bemerkung - Herr Oberbürgermeister Schmotz, wenn Sie sagen, dass die Wahlkommission, der ich auch angehöre, Wahlausschuss zugestimmt hat, dann ist das richtig, aber der Wahlleiter wusste zu dieser Zeit schon Dinge, die er uns in dieser Besprechung nicht genannt hat und deshalb habe ich auch zugestimmt. Vielleicht habe ich einen Fehler begangen, dass ich mehr hätte in die Tiefe dringen müssen, da fehlte mir vielleicht die Erfahrung. Aber uns hat eine Information oder Informationen gefehlt, die der Wahlleiter damals schon hatte.

**Herr Stadtrat Röxe:** „Ich möchte nur noch zwei Ergänzungen einbringen. Erstens der Wahlausschuss hat das Wahlergebnis festgestellt und der Stadtrat hatte zu entscheiden über die Gültigkeit der Wahl. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge, Herr Oberbürgermeister, die man nicht hier in einen Zusammenhang bringen kann. Zweitens Herr Dr. Böhme und da folgten Sie heute den Ausführungen der meisten Ihrer Parteikollegen, wenn Sie sich zu diesem Thema geäußert haben, Sie vermischen ständig die strafrechtlichen Ermittlungen. Es stimmt die sind nicht abgeschlossen mit den von uns zuführenden Dienst und politischen Konsequenzen, die wir zu ziehen haben. Wir wollen heute nicht über strafrechtlichen Ermittlungen reden, das machen andere Personen. Nicht strafrechtliche Ermittlungen wir wollen über die politischen Kon-



sequenzen reden diese Dinge werden von Ihnen

**Herr Dr. Böhme beantragt** im Auftrag der CDU/Landgemeinden die namentliche Abstimmung.

**Die Anwesenheitsliste mit den eingetragenen Stimmabgabevermerken liegt als Anlage der Niederschrift bei.**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Abberufung des Stadtwahlleiters Herrn Axel Kleefeldt mit sofortiger Wirkung.

zu TOP 8

Ja 21 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0 mehrheitlich beschlossen  
**Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke - Bündnis 90/Die Grünen - Abwahl des Stellvertreters des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stendal gem. § 67 KVG LSA**

A VI/031

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** merkt an, dass Erstens die Begründung zur Abwahl keine fachlichen und Sachgründe enthält, die bezogen sind auf die Arbeit von Axel Kleefeldt als Vertreter des Oberbürgermeisters. Zweitens in der Wertung der Leistung als Vertreter des Oberbürgermeisters ist von der als Stadtwahlleiter klar zu trennen. Axel Kleefeldt leistet seit über 20 Jahren eine hervorragende Arbeit in der und für die Stadt und das auch im Ehrenamt. Ich beziehe mich jetzt aber ausschließlich auf die Dinge des Dienstes, aber auch nur beispielhaft. Als Jurist hat er viele rechtliche Fragen gut beantwortet, er hat auch Prozesse erfolgreich geführt, damit Schaden von der Stadt abgewendet. Als ein Beispiel sei genannt, der sogenannte Grundsteuerstreit bis hin zum Bundesfinanzhof. Axel Kleefeldt hat einen großen Anteil beispielsweise an der Sanierung der Stendaler Wohnungsbaugesellschaft, Sie erinnern sich, zu mindestens die die länger Mitglied im Stadtrat sind, an die komplizierten Situation vor 13 Jahren. Er hat das Konsolidierungskonzept vertraglich rechtlich sauber umgesetzt. Die Sanierungsvereinbarungen formuliert und letztlich kann man das heute konstatieren auch zum Erfolg mit geführt. Er war auch selber, zu mindestens zeitweise Geschäftsführer dieser städtischen Tochter mit einem Kollegen zusammen. Das Sport- und Freizeitbad AltOa hat er geführt auch mit einem Kollegen zusammen, in einer schwierigen Anlaufphase und hat dieses Bad was gerade errichtet war auch in eine zumindest erste gute Zukunft geführt. Er leistete über die vielen Jahre eine gute Verwaltungsarbeit geleistet und ist im Kollegenkreis auch anerkannt. Zum großen Teil genießt er auch in der Öffentlichkeit hohe Anerkennung, sicherlich nicht bei allen. Er hat eine aktive Rolle bei der Verwaltungsmodernisierung, bringt sich mit eigenen Ideen und Vorschlägen ein und genießt auch im Kollegenkreis der Leitung des Hauses großes Vertrauen. Für mich gibt es keinen hinreichenden Grund zur Abwahl und ich werde demzufolge auch so stimmen. Ich gestatte mir auch eine Anmerkung, dass Abwahlverfahren hat auch einen menschlichen Aspekt. Es sind ausschließlich politische Gründe die aufgeführt sind, keine sachlichen und fachlichen, das habe ich gesagt und es wird auch ein Mensch durch die ständige politische verbale und auch mediale Kritik in einer nicht ganz einfachen Situation gebracht. Das zu meiner Stellungnahme zum Abwahlantrag, ich möchte noch eine endgültige Bewertung machen. Der schwarze Fleck der Wahlfälschung bleibt in der Geschichte unserer Stadt noch lange bestehen, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Es ist aber im Moment so, dass die Vermutlichen oder der Vermutliche, wir wissen es noch nicht, Hauptverursacher in der gegenwärtigen Diskussion kaum eine Rolle spielen. Die derzeit hier in der Stadt in der Verantwortung stehen wie Axel Kleefeldt, die genauso getäuscht wurden wie alle anderen auch, stehen in gewisser Weise



am Pranger. Obwohl Kleefeldt und andere rechtlich nicht im Blickfeld der Untersuchungsbehörden sind. Und ich gestatte mir Ihnen vorzuschlagen, dass wir die Atmosphäre, wie wir sie seit einigen Wochen im Stadtrat haben, vielleicht auch in der Stadt nicht mehr lange aufrechterhalten sollten. Ich glaube wir haben allen Grund, die Stadt in den Mittelpunkt unseres Tuns zu rücken, ohne dabei zu vergessen, dass an der Aufarbeitung dieses schwarzen Flecks gearbeitet wird, das will ich damit in keinsten Weise verharmlosen, falls daran einer denkt oder vertuschen. Aber man muss diese Aufgabe denen überlassen, die dafür ausgebildet sind, die auch die Legitimation haben und wenn von dort Ergebnisse sind, dann werden wir uns sicherlich hier noch einmal unterhalten müssen. Aber die Stadt und die Bürger dieser Stadt haben es verdient, dass wir uns in der gegenwärtigen Zeit wieder verstärkt der Stadtentwicklung zuwenden. Wir haben im Moment eine komplexe und komplizierte Situation im investiven Bereich, viele Klagen oder die Sanierungsaufgaben an den Straßen. Und es gibt eine Reihe mehr an Aufgaben, die unsere Aufmerksamkeit im vollen Umfang erfordern.“

**Herr Stadtrat Eckhard:** „Ich würde mir wünschen, dass die Arbeit der Stadträte und dass der Arbeit der Verwaltung mehr gegenseitigen Respekt entgegengebracht wird. Das gilt auch für die Medien, die Presse die mehr Achtung für die Arbeit der Stadträte und der Verwaltung aufbringen sollte. Hinterher, wenn alle Fakten und Tatsachen richtig oder verschleiert etwas klarer sind, ist man immer ein bisschen schlauer. Wer live und schnell entscheiden muss, da kann so manche Entscheidung nicht ganz so glücklich sein. Jeder hat schon mal eine kritische Entscheidung getroffen, ob auf Arbeit oder im Straßenverkehr. Was hier stattfindet ist eine Verquickung beider Beschlüsse, die Abberufung als Wahlleiter und die Abberufung als Stellvertretender Oberbürgermeister, mit derselben Begründung. Falls Herr Kleefeldt überhaupt etwas nachgesagt werden kann, ist das in der Funktion als Wahlleiter, wo manche Entscheidung nicht ganz so glücklich war. Dafür wurde er jetzt abberufen. In seiner Funktion als Stellvertretender Oberbürgermeister kann ich keinen Grund sehen ihn abzuwählen. Im Gegenteil, die vielfältige Belastung bei der Arbeit in der Verwaltung, die Eingemeindung der Dörfer mit den unterschiedlichsten Probleme. Die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, dies alles hat er sehr gut gemeistert. Er hat immer im Wohle der Stadt und zum Wohle der Ortsteile gehandelt, hat immer ein offenes Ohr gehabt und hat immer eine Lösung für Probleme gefunden. Ihn jetzt abzuwählen ist eine Missachtung seiner geleisteten Arbeit und ein falsches Zeichen an die Verwaltung und an die Stadt.

**Herr Stadtrat Kirchbach:**“**Merkt an, dass Herr Instenberg mit seinen einleitenden Worten ihm sehr aus der Seele gesprochen hat. Es ist schon so, dass ich ein ziemlich neues Mitglied in diesem Gremium bin, nichtsdestotrotz werden wir alle wie wir hier sitzen häufig in ein Topf geworfen mit einem ehemaligen Kollegen, der uns alle an der Nase herumgeführt hat, machen wir uns doch nichts vor. Was ich in den letzten Wochen und Monaten über Politik und Parteidenke über den Einfluss der Presse lernen durfte, ist schon beeindruckend, aber auch bedrückend. Ich bin hier gestartet, weil ich etwas für unsere Heimatstadt bewegen wollte, weil ich Sachthemen diskutieren und Dinge ändern wollte und nicht weil ich Lust auf das auskämpfen persönlicher Interessen hatte. Ihre Emotionen kann ich allerdings gut verstehen und glauben sie mir das geht uns ähnlich. Vielleicht erinnern sie sich auch an Ihre Anfänge in diesem Gremium und können nachvollziehen, wie es mir als neues Mitglied geht. Ich erlebe, dass wir uns gar nicht mit der Entwicklung der Stadt und dem Tagesgeschäft befassen, weil ein geltungssüchtiger Stendaler die Schwachstellen des Systems ausgenutzt hat. Die kriminelle Energie die hier zu Tage kommt ist insbesondere für mich völlig offenen und die fragwürdigen Motive erschreckend. Ich frage Sie allerdings, was können den hier meine anwesen-**





den Mitstreiter und ich dafür, dass derjenige auch noch unsere Partei wucherte. Rückblickend sind wir alle schlauer. Zum damaligen Zeitpunkt wären die meisten von uns überfordert gewesen, wie mit der Situation richtig umzugehen ist. Natürlich hat Herr Kleefeldt in seiner Funktion als Wahlleiter aus heutiger Perspektive diskussionswürdige Entscheidungen getroffen und natürlich ist es ihm nicht gelungen, die Ausgabe von mehr als vier Vollmachten zu unterbinden und damit den Betrug erst vereinfacht, allerdings auch nur vereinfacht. Glauben Sie ernsthaft der Täter hätte nicht ansonsten weitere Bevollmächtigte gesucht. Für diese Verfehlung hat der Stadtrat eben die Konsequenzen gezogen. Herr Kleefeldt wurde nicht nur abgemahnt, sondern auch der Verantwortung entbunden. Mit Sicherheit sind wir allerdings weit davon entfernt zu behaupten, dass Herr Kleefeldt mutwillig und vorsätzlich zugelassen hat. Als Stellvertretender Oberbürgermeister hat Herr Kleefeldt über die letzten Jahre auch zu recht Ihr Vertrauen genossen. Sie werfen ihm Verfehlung als Wahlleiter vor, welche Verfehlung sehen Sie in seiner Rolle als Stellvertretender Oberbürgermeister? Es ist allgemein übliche Gepflogenheit, für Arbeitgeber sogar Gesetz, das erstmalige Verfehlungen eine Abmahnung bedürfen ehe weitere disziplinarische Abhandlungen erfolgen. Und wir müssen hier unterscheiden zwischen der Funktion als Wahlleiter und die Stelle als Stellvertretenden Oberbürgermeister. Sicherlich ist möglich einen Wahlleiter und einen Stellvertretenden Wahlleiter auch durch den Stadtrat zu wählen, sodass nicht die automatische Folge des höchsten Stadtbeamten erfolgt. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass hinter der hier zu treffenden Entscheidung auch ein Mensch steht. Versetzen Sie sich selber in die Situation und lassen Sie uns anständig bleiben.

**Im Namen der CDU/Landgemeinden beantrage ich die geheime Abstimmung zur Abwahl.**

**Herr Stadtratsvorsitzender Weise** informiert über den Verfahrensablauf und darüber, dass aus den einzelnen Fraktionen jeweils ein Stadtrat als Stimmenzähler benannt wurde.

Namentliche Benennung der Stimmenzähler: Frau Stadträtin Zimmermann, Herr Stadtrat Kirchbach und der Herr Stadtrat Lincke.

Nachdem alle Mitglieder des Stadtrates und der Oberbürgermeister ihre Stimme in der Wahlkabine abgegeben haben und jeweils ihren Stimmzettel in die verschlossene Wahlurne gelegt haben, wird die Wahl beendet und die Stimmenzähler beginnen mit der Auszählung.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen

**Der Antrag ist mit diesem Ergebnis abgelehnt.**

zu TOP 9 Ja 16 Nein 17 Enthaltung 0 Befangen 0 mehrheitlich abgelehnt  
**Anfragen/Anregungen**

1. **Herr Stadtrat Schober** bittet um Information darüber, ob es Bestrebungen bzw. Pläne der Stadtverwaltung gibt das Feuerwehrgerätehaus in Staats zu schließen und zu verkaufen? Wenn das so ist, stellt sich die Frage wo dann die seit 20 Jahren bestehende Jugendfeuerwehr untergebracht wird.  
**Herr Oberbürgermeister Schmotz** antwortet, dass ihm solche Pläne nicht bekannt sind, aber er sich sachkundig machen wird.
2. **Herr Stadtrat Instenberg** bezieht sich in seiner Anfrage auf seine Mail mit dem Hinweis auf das Landesförderprogramm für schnelles Internet und die Problematik, dass die Telekom eventuell nicht ausreichend die Versorgung der Gewerbegebiete mit schnellem Internet und Breitband absichern kann und fragt, ob die Stadtverwaltung schon geprüft hat, ob wir als Stadt in diesem Förderpro-



gramm eine Chance haben.

**Herr Oberbürgermeister Schmotz** informiert darüber, dass eine Beantwortung vorbereitet ist.

Thomas Weise  
Vorsitzende/r

Maria-Luise Kloth  
Protokoll

